

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat
CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Volt-Fraktion im Rat der Stadt Köln

An den Vorsitzenden des Integrationsrates
Tayfun Keltek

An die Geschäftsstelle des Integrationsrates
Herrn Andreas Vetter

An Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 04.05.2022

AN/0977/2022

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|-----------------|--------------------------|
| Integrationsrat | 10.05.2022 |

Ukraine: Hilfsangebote für Geflüchtete unabhängig vom Pass // Unterstützung ausländischer Studierender

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die antragstellenden Fraktionen bitten Sie, den folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Integrationsrates am 10.05.2022 zu setzen.

Beschluss:

Die Verwaltung stellt die Gleichbehandlung und Gleichstellung aller Geflüchteter aus der Ukraine - unabhängig ihrer Herkunft und Nationalität – sicher und unterbindet strukturelle und institutionelle Ungleichbehandlung.

Für Geflüchtete aus der Ukraine bedeutet dies insbesondere:

- Die Stadt Köln stellt sicher, dass die Aufnahme- und Hilfsangebote allen Geflüchteten aus der Ukraine gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden – unabhängig von Pass oder Aufenthaltstitel.
- In Bereichen, in denen für die Inanspruchnahme das Vorzeigen des Ukrainischen Passes notwendig ist, stellt die Stadt Köln eine gleichwertige Bescheinigung für alle aus der Ukraine fliehenden Personen aus.
- Die Stadt Köln vertritt die Haltung, dass in Bezug auf die Unterstützung und Aufnahme von BiPoC-Personen an den Grenzen keine Unterschiede gemacht werden. Die Oberbürgermeisterin setzt sich dafür auch explizit beim Städtetag Nordrhein-Westfalen und dem Deutschen Städtetag ein.
- Die Stadt Köln setzt sich dafür ein, dass die Universitäten und Hochschulen der Stadt ausländische Studierende aus der Ukraine schnell und unbürokratisch übernehmen

und immatrikulieren können. Dazu werden die Ermessensspielräume auf der kommunalen Ebene für die schnelle Gewährung des notwendigen Aufenthaltstitels zugunsten der Betroffenen vollumfänglich ausgeschöpft.

Begründung:

Wir begrüßen die ersten umfassenden Maßnahmen, die die Stadt Köln zur schnellen und unbürokratischen Aufnahme für ukrainische Geflüchtete getroffen hat. Die Bevölkerung der Ukraine ist jedoch deutlich vielfältiger. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge haben etwa 20 Prozent der Bevölkerung einen russischen Pass, zudem halten sich Menschen mit unterschiedlichsten Pässen und Aufenthaltstiteln in der Ukraine auf. Laut DAAD befinden sich zudem fast 76.000 ausländische Studierende in der Ukraine. Nach offiziellen Schätzungen stellen etwa 18.000 indische Studierende die größte Gruppe dar. Auch tausende afrikanische Studierende sollen sich in der Ukraine aufhalten. Aus der Zivilgesellschaft erreichten uns Offene Briefe, dass insbesondere BiPoC-Personen bei ihrer Flucht aus den Kriegsgebieten der Ukraine massivem Rassismus ausgesetzt sind. So werden geflüchtete BiPoC-Personen beispielsweise mit Racial Profiling konfrontiert und in das Kriegsgebiet zurückgeschickt. Das bestätigen zahlreiche Berichte, Videoaufnahmen, aber auch die Vereinigung Afrikanischer Mandatsträger*innen. Eine weitere Stellungnahme des Kölner Flüchtlingsrat e.V. und Bündnis14 Afrika macht diese Ungleichbehandlung hier vor Ort in Köln deutlich. Die Gleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine mit oder ohne ukrainischem Pass muss jedoch in der Stadt des Sicheren Hafens selbstverständlich sein. Köln soll daher für alle Schutzsuchenden ein sicherer, diskriminierungsfreier Hafen sein, an dem ein vielfältiges Angebot genutzt werden kann.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Verordnung des Bundesinnenministeriums, dass sich alle geflüchteten Menschen aus der Ukraine bis zum 23. Mai 2022 legal in Deutschland aufhalten können, wurde bis zum 31.08.2022 verlängert. Es ist daher unklar, ob es in den kommenden Monaten weitreichendere Verbesserung für Schutzsuchende geben wird. Die nächste Sitzung des Integrationsrates findet erst am 16.08.2022 statt. Um der sich verschärfenden Klassenbildung unter allen schutzsuchenden Menschen entgegenzuwirken, ist es unbedingt erforderlich, Hilfsangebote für alle geflüchteten Menschen zugänglich zu machen. Außerdem sollen Schutzsuchende, die in der Ukraine studiert haben, schnellstmöglich ihr Studium hier fortführen können.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lino Hammer
Grüne-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Niklas Kienitz
CDU-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Lucas Sickmüller
Volt-Fraktionsgeschäftsführer